



## Milch macht's in Salinas

Erfolgreiches Entwicklungsprojekt in den ecuadorianischen Anden. Seite 10

Foto: fotolia/Angela Köhler

## Wie Woody Allen

Josef Haders Film »Wilde Maus« begeistert auf der Berlinale. Seite 15

## Helfer der Migranten

Wie Cédric Herrou zu einer Symbolfigur wurde. Seite 3

Foto: dpa/Claude Paris

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 14. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 38

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Der folternde Musterknabe

Fabian Lambeck über tunesische Menschenrechtsverletzungen

Der Amnesty-Bericht über folternde tunesische Sicherheitskräfte kommt der großen Abschiebe-Koalition in Berlin sicher ungelegen. Denn Tunesien soll eine entscheidende Rolle in der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik spielen. Zum einen, weil viele tunesische Asylbewerber hierzulande ohne Bleibeperspektive sind und nun verstärkt zurückgeschickt werden sollen. Zum anderen plant die EU, fußend auf deutschen Überlegungen, dort Aufnahmelager einzurichten, in denen man jene afrikanischen Flüchtlinge kasernieren will, die man auf hoher See gerettet hat.

In der öffentlichen Wahrnehmung galt Tunesien bislang als nordafrikanischer Musterknabe. Hier nahm 2010 der arabische Frühling seinen Ausgang. Trotz Armut, Korruption und Terrorismus sitzt in Tunis eine frei gewählte Regierung, die sich an die demokratischen Spielregeln hält. Der Blick an die Spitze täuscht jedoch darüber hinweg, dass der Sicherheitsapparat durchsetzt ist von den Schergen des gestürzten Diktators Ben Ali. Denen sind rechtsstaatliche Prinzipien egal, erst recht beim Kampf gegen den Terror, der ja auch von westlichen Demokratien ohne Rücksicht auf eigene Prinzipien geführt wird.

Wer also Menschen nach Tunesien abschiebt, nimmt in Kauf, dass diese dort gefoltert werden. Doch in einem Wahljahr wie diesem, in dem die AfD den beiden Volksparteien im Nacken sitzt, spielen solche Erwägungen kaum noch eine Rolle.

### UNTEN LINKS

Camping ist im Trend. Genauer gesagt: **Glampping**, das bedeutet Campen »mit einem Hauch von Glamour«. So genannte Glamppingzelte mit Schlafkabinen, Betten, Laken, Licht, Strom und WLAN plus gemütlichem Teppich auf dem Holzboden, Regalen und einem kleinen Kühlschrank seien sehr begehrt. Auf Wunsch richten Glamppingplätze auch Zelte mit Ihrer kompletten eigenen Zimmerausstattung ein. Günstiger ist eine Tour mit Panama-Glampping: Das Reiseunternehmen entführt Sie auf ein »Abenteuer« – und bringt Sie zurück in Ihr Zuhause, das mit ein paar Handgriffen zum gemütlichen Glamppinghause umgestaltet wurde! Aber auch die Hotelbranche schläft nicht. Campotels bieten Suites mit einem »Himmel« aus echten, leicht mufigen Zeltplanen. Digitale Feuerstellen, naturidentischer Unwetersound sowie verschmutzte Gemeinschaftstoiletten lassen Outdoorfeeling aufkommen. Gegen einen kleinen Aufpreis erhalten Sie Ameisen, Mücken und Spinnen, so viel Sie möchten. *rst*

## Preisgekrönte Haltung

In Amsterdam wurden die World Press Photo Awards 2017 vergeben



»Taking A Stand In Baton Rouge«: Stellung beziehen gegen rassistische Polizeigewalt in den USA

Foto: dpa/AP/World Press Photo/Jonathan Bachman

Berlin. Es war einmal in den USA, in der Zeit vor Donald Trump. In Baton Rouge, der Hauptstadt des Bundesstaates Louisiana, schießt ein Polizist mehrfach auf den bereits am Boden liegenden Afro-Amerikaner Alton Sterling. Handyvideos dokumentieren dessen Tod und damit einen weiteren Fall maßloser Gewalt gegenüber Schwarzen.

Weil sie sich um die Zukunft ihres fünfjährigen Sohnes sorgt, fährt eine junge Krankenpflegehelferin am 9. Juli 2016 von New York nach Baton Rouge, um mit der »Black Lives

Matter«-Bewegung gegen Polizeigewalt zu demonstrieren. »Ich ging mit verschränkten Armen auf die Straße und starrte sie nur an«, erzählte die 28-jährige Ieshia Evans später. »Ich nehme an, das hat ihnen nicht gefallen, denn sie haben mich festgenommen.« Ieshia Evans (fälschlich meist Leshia Evans geschrieben) wird nach 24 Stunden wieder freigelassen. Aber das Foto, das Jonathan Bachman für Reuters zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung aufnahm, geht um die Welt. Am Montag erhielt Bachman dafür in Amsterdam den ersten Preis

für Einzelbilder in der Kategorie Contemporary Issues (Aktuelle Themen) beim Wettbewerb für die Weltpressfotos des Jahres.

Die World Press Photo Awards der gleichnamigen niederländischen Stiftung gelten als höchste Auszeichnungen für Bildjournalisten. Neben zehn Einzelkategorien wird das Weltpressfoto des Jahres gewürdigt. Es ging diesmal an den türkischen AP-Fotografen Burhan Ozbilici, der den Mörder des russischen Botschafters Andrej Karlow in Ankara im Bild festhielt (dasND.de/WorldPressPhoto). *rst*

## Terrorpingpong im Innenausschuss

Fall Anis Amri: Opposition beklagt schleppende Aufklärung und Wahlkampfmanöver

**Fast zwei Monate nach dem Terroranschlag von Anis Amri stockt nach Ansicht der Opposition die Aufklärung.**

Berlin. Die Union hat ihre Versäumnisvorwürfe gegen das Land Nordrhein-Westfalen im Fall des Berliner Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri erneuert. CSU-Innenexperte Stephan Mayer hielt den Behörden des Bundeslandes nach einer Sondersitzung des Innenausschusses des Bundestages am Montag in Berlin vor, nicht alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, »um Anis Amri außer Landes zu bringen«. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) wies dies zurück. Die Grünen klagten über ein »Länder-Bund-Pingpong« in der Schuld- und Zuständigkeitsfrage, die LINKE sah dies im Wahlkampf begründet.

An der Sitzung des Gremiums nahmen unter anderen die Spitzen der Sicherheitsbehörden teil: die Präsidenten des Bundesamtes

für Verfassungsschutz, des Bundeskriminalamtes und des Bundesnachrichtendienstes, Hans-Georg Maaßen, Holger Münch und Bruno Kahl. Anwesend waren auch Generalbundesanwalt Peter Frank sowie neben Jäger der Innensenator Berlins, Andreas Geisel (SPD).

Der als sogenannter islamistischer Gefährder eingestufte Tunesier Amri hatte sich fast eininhalb Jahre in Deutschland aufgehalten. Er nutzte mehr als ein Dutzend gefälschte Identitäten, war in der Drogenszene aktiv, wurde observiert und war sogar kurz in Abschiebehaft. Am 19. Dezember steuerte er einen Lkw in einen Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche. Er tötete zwölf Menschen und verletzte Dutzende. Der abgelehnte Asylbewerber Amri war in NRW gemeldet, die dortigen Behörden waren auch für seine Abschiebung zuständig.

Mayer sagte, ihm gehe es nicht um Schuldzuweisungen. Aber er

sei auch der Überzeugung, »dass im Land Nordrhein-Westfalen nicht immer mit der notwendigen Vehemenz und Dringlichkeit die Sache vorangetrieben wurde«. So hätte zumindest versucht werden müssen, einen Haftgrund für eine

**Christian Ströbele (Grüne) sagte, er sehe einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene näher rücken.**

Abschiebungshaft zu erwirken. Ein Fehlverhalten des Bundesamtes für Verfassungsschutz sah er nicht.

Jäger hielt entgegen, Amris Telekommunikation sei in Berlin mehr als ein halbes Jahr überwacht worden, teils sei er observiert worden. Dabei sei jedoch

nichts gefunden worden, um ihn in Haft nehmen zu können. Jäger wies auch auf fehlende Dokumente aus Tunesien hin, die eine rasche Abschiebung verhindert hätten. Die Opposition klagte über die schleppenden Fortschritte bei der Aufklärung der Hintergründe des Attentats. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frank Tempel (LINKE), etwa monierte, es sei nicht möglich gewesen, den Wahlkampf gänzlich aus der Gremiumssitzung herauszuhalten. In NRW wird im Mai ein neuer Landtag bestimmt, die Bundestagswahl steht im September an. Wie die Grünen pochte er auf die Offenlegung aller Akten im Fall Amri. Christian Ströbele (Grüne) sagte, er sehe einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene näherrücken. *dpa/nd Seite 11*

## Amnesty beklagt Zunahme von Folter in Tunesien

Organisation wirft Sicherheitskräften Rückkehr zu »brutalen Methoden« vor

Tunis. Inmitten der Debatte über sichere Herkunftsstaaten in Nordafrika wirft Amnesty International den Sicherheitskräften Tunesiens eine Rückkehr zu »brutalen Methoden der Vergangenheit« vor. In einem am Montag veröffentlichten Bericht beklagt die Menschenrechtsorganisation, die tunesischen Sicherheitskräfte griffen im Zuge des geltenden Ausnahmezustands bei der Terrorbekämpfung in »beunruhigendem Maße« wieder auf Methoden wie Folter und willkürliche Festnahmen zurück.

Am Dienstag will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den tunesischen Ministerpräsidenten Youssef Chahed in Berlin empfangen. In dem Amnesty-Bericht mit dem Titel »Menschenrechtsverletzungen unter dem Ausnahmezustand« heißt es weiter, mit dem gewaltsamen Vorgehen seiner Sicherheitskräfte setze Tunesien die Errungenschaften des Arabischen Frühlings von 2011 aufs Spiel. *AFP/nd Seite 6*

## Mexikaner blasen Trump den Marsch

Großdemonstrationen in 20 Städten

Mexiko-Stadt. Zehntausende Mexikaner sind am Sonntag landesweit gegen US-Präsident Donald Trump und seine Pläne zum Bau einer Grenzmauer auf die Straße gegangen. In Mexiko-Stadt marschierten Demonstranten in einem Meer von rot-weiß-grünen mexikanischen Flaggen durchs Stadtzentrum. Auch in rund 20 weiteren Städten im ganzen Land gab es Proteste. Dazu aufgerufen hatte ein breites Bündnis von Universitäten, Wirtschaftsverbänden und gesellschaftlichen Organisationen. »Mexiko respektiert man, Herr Trump«, stand auf einem großen Transparent in Mexiko-Stadt. In der Hauptstadt beteiligten sich rund 20 000 an dem Marsch.

Seit Trumps Amtsantritt haben die Beziehungen zwischen den USA und Mexiko einen Tiefpunkt erreicht. Der US-Präsident hatte als einer seiner ersten Amtshandlungen im Januar per Dekret den Bau einer Mauer entlang der 3200 Kilometer langen Grenze zu Mexiko angeordnet. Er begab sich damit an die Umsetzung eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen. Mit dem Wall will er die illegale Einwanderung bekämpfen. *AFP/nd Seite 7*

## AfD-Spitze will Höcke loswerden

Ausschlussverfahren beschlossen

Berlin. Die AfD-Spitze will den Thüringer Partei- und Fraktionschef Björn Höcke nun doch aus der Partei werfen. Der AfD-Bundesvorstand beschloss nach Parteiangaben am Montag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit ein Ausschlussverfahren gegen ihn. Die AfD-Spitze reagierte damit auf Äußerungen Höckes zum Berliner Holocaust-Mahnmal. Parteichef Jörg Meuthen und Vize Alexander Gauland wandten sich gegen das Ausschlussverfahren, Höcke warnte vor einer Spaltung der Partei.

»Die Dresdner Rede vom 17. Januar hat nun für den Bundesvorstand das Maß des demokratisch Erträglichen innerhalb einer bürgerlich-freiheitlichen Partei überschritten«, sagte AfD-Chefin Frauke Petry. Sie bezeichnete die Entscheidung als »Abschluss eines Prozesses«, der schon einige Zeit andauere. Schon im Dezember 2015 habe der Bundesvorstand Höcke nahegelegt, darüber nachzudenken, ob er noch in der richtigen Partei sei. Die Entscheidung besitze »zweifelloso das Potenzial zur Spaltung der Partei«, erwiderte Höcke in Erfurt. *AFP/nd Seiten 4 und 5*

ISSN 0323-3375

